



nachzuvollziehen, dieses System durch Zugangsbeschränkungen in Schwierigkeiten zu bringen. Dibbern jedenfalls kündigte an, „alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen“, um die Regierung von ihrem Tun abzubringen. Hier traf er sich mit Prof. Klusen, der auch „gegen alles rechtlich vorgehen wird“, was den Gesetzlichen Krankenkassen an Zusatzbelastungen aufgebürdet wird. Dabei will Klusen die Ärzte und Zahnärzte als Partner gewinnen, ein Vorhaben, das angesichts des nach wie vor ungelösten Ersatzkassen-Streits in Bayern schwierig erscheint. Der Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, *Dr. Rolf-Jürgen Löffler*, kündigte als „Gegenstrategie“ zu den Regierungsplänen an, den Patienten noch stärker in den Mittelpunkt der Gesundheitspolitik zu stellen. Ein Vorhaben, bei dem er die Unterstützung seines Kollegen und Kammerpräsidenten *Michael Schwarz* findet. „Wir, die Selbstverwaltung, stehen sowohl für das Gemeinwohl als auch für die Interessen des Berufsstandes“. Gegenüber Forderungen aus der Politik, auf Qualitätsmanagement, Zertifizierung und Rezertifizierung zu setzen, stellte Schwarz klar, daß die Zahnärzteschaft sich jeden Tag sowohl dem Wettbewerb als auch der Qualitätskontrolle stelle. „Wir sind näher dran am Patienten. Der Patient kann unsere Leistung besser beurteilen, als jeder Bürokrat und jeder Politiker.“ Wenn jedoch betriebswirtschaftlich die Ausübung des Berufes unbefriedigend werde, werde damit auch die Versorgung gefährdet. Die Verantwortung dafür liege bei der Politik, die seit Jahren zu einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen beitrage.



Staatsministerin Christa Stewens: „Der Gesundheitsmarkt leidet unter dem Übermaß staatlicher Bürokratie.“

Politik hält an Solidaritätsdefinition der GKV fest

Hitzige Diskussionen entwickelten sich zwischen den Vertretern der Zahnärzteschaft und dem DGB-Vorsitzenden beim Thema Grundversorgung und Wahlleistungen. Schösser stellte immer wieder in Frage, daß die Basis-sicherung für sozial schwächere Versicherte

gewährleistet werden kann. Dem hielten Dr. Rolf-Jürgen Löffler und Michael Schwarz entgegen, daß bei klarer Definition des Leistungskataloges und vor allem durch die Einführung von befundorientierten Festzuschüssen mehr Gerechtigkeit ins System komme als heute. Löffler: „Es ist doch himmelschreiend, wenn der Generaldirektor als freiwillig Versicherter bei höherwertigen Versorgungsmöglichkeiten mehr Geld aus dem System erhält, als die Verkäuferin, die sich nur eine einfache Versorgung bei Zahnersatz leisten kann.“

Sowohl Schösser als auch Sozialministerin Stewens ließen klar erkennen, daß die Politik an ihrer Definition von Solidarität in der Gesetzlichen Krankenversicherung festhalten will. Darin eingeschlossen ist die Teilhabe am medizinischen Fortschritt, die umfassende Versorgung und dies alles bei „stabilen Beiträgen“. Daß dies vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung undenkbar ist, hatte zuvor *Prof. Dr. Norbert Walter*, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, in seinem Festvortrag mit dem Thema „Vergreist Deutschland? – Demographie als Wirtschaftsfaktor“ (ein Bericht dazu in der Dezemberausgabe des *BZB*) mit dramatischen Zahlenbeispielen klar gemacht. Es scheint, als sei die Botschaft, daß Deutschlands Sozialsysteme spätestens im Jahr 2020 nicht mehr finanzierbar sind, bei der Politik noch nicht angekommen. Der 43. Bayerische Zahnärztetag hat dieses Thema angepackt.



Der bayerische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser brachte seine Standpunkte äußerst temperamentvoll in die Diskussion ein.

Fotos (2): Glatzi

Peter Knüpper,
Hauptgeschäftsführer der BLZK